

Evangelische Volkspartei Basel-Stadt

Postfach 2208

4001 Basel

Telefon 061 681 43 36

www.evp-bs.ch

info@evp-bs.ch



Basel, 11. September 2020

Medienmitteilung der EVP Basel-Stadt

Medienorientierung der EVP Basel-Stadt: mit Leidenschaft für Mensch und Umwelt

Die EVP Basel-Stadt hat am 11. September ihr in breiter Vernehmlassung verfasstes Grundsatzpapier vorgestellt, das die politischen Schwerpunkte der Partei zusammenfasst. Die Kandidierenden für den Grossen Rat, Thomas Widmer-Huber (bisher), Brigitte Gysin (Parteipräsidentin), Diana von Bidder und Martin Kohlbrenner sowie Regierungsrats-Kandidatin Christine Kaufmann stellten ihre auf dem Grundsatzpapier basierenden Thesen und Forderungen für die kantonale Legislatur vor. Die vorgestellten Schwerpunkte betrafen die soziale Gerechtigkeit, die Bildung und ein Impulsprogramm zugunsten der Wirtschaft und dem Klimaschutz wie auch weitere Massnahmen im Umweltbereich.

Parteipräsidentin und Bürgergemeinderätin Brigitte Gysin stellte an der Medienorientierung einleitend klar, wofür die EVP steht und sich einsetzt: Für eine Gesellschaft, die zu den Schwächeren schaut und die Solidarität zwischen den Generationen hochhält. Für eine Gemeinschaft von Menschen, die zu ihrer Umwelt Sorge tragen. Und für eine Partei, die – unabhängig in der Mitte, aber mit einem klaren Wertegerüst, welches das E vermittelt – über ihr politisches Handeln immer die Leitlinie setzt, dass es zum grösstmöglichen Nutzen der Allgemeinheit sein soll.

Die Kandidierenden für den Grossen Rat und den Regierungsrat zeigten auf, was diese Aussagen konkret bedeuten. Thomas Widmer-Huber, Grossrat, stellte seine Vorstösse für den Grossen Rat vor. Mit einer Motion für ein Impulsprogramm über 200 Millionen fordert er Investitionen in die Förderung alternativer Energien und die Förderung energie-effizienter Bauten und Renovationen – ein Programm, das genauso der regionalen Wirtschaft wie dem Klimaschutz zu Gute kommt. Der Vorstoss wird in der September- oder Oktober-Sitzung im Grossen Rat behandelt.

Sein Anzug für Massnahmen gegen die Littering-Problematik will erreichen, dass das Liegenlassen des Abfalls zu einem Tabu und der Umweltschutz im Kleinen in diesem Bereich Wirklichkeit wird. Das dezidierte Engagement von Thomas Widmer-Huber für Menschen mit psychischen Einschränkungen veranlasste ihn, mittels einer schriftlichen Anfrage vom Regierungsrat Auskunft zur Situation von Menschen mit Asperger und Autismus-Spektrum-Störungen zu verlangen.

Diana von Bidder, Kandidatin für den Grossen Rat, legte dar, dass die EVP auch jenen eine Stimme geben will, die sonst zu wenig gehört werden. In der Corona-Krise sei augenfällig geworden, dass Menschen unter uns leben, die mit ihrer Arbeit zu unserem Wohlstand beitragen, dann aber rasch fallengelassen wurden; Menschen, die Opfer von Menschenhandel sind und unter Arbeitsausbeutung leiden. Diana von Bidder will, dass diese Menschen auch nach der Krise nicht vergessen gehen. Sie zeigte auch auf, was für sie Miteinander bedeutet – ein Miteinander von Jung und Alt, Reich und Arm, Schweizern und Ausländern, Menschen mit und ohne Kindern.

Martin Kohlbrenner, Kandidat für den Grossen Rat, betonte, wie wichtig auch angesichts immer schnellerer kultureller und gesellschaftlichen Entwicklungen Meilensteine der Bildung sind – und dass die Bildung ein zentrales Thema des Staates sein muss. Die Vermittlung von Kompetenzen auf einer klaren Wertebasis erachtet er als mindestens so wichtig wie die reine Wissensvermittlung. Betreffend der Qualifizierungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten und für Wiedereinsteiger*innen in den Arbeitsmarkt fordert Martin Kohlbrenner bessere Informationen und Beratungsangebote.

Christine Kaufmann, Regierungsrats-Kandidatin, stellte den Vorschlag der EVP für eine soziale Wohnpolitik vor. Mit dem etablierten Instrument der Familienmietzinsbeiträge können Familien einkommensabhängig nach klaren Kriterien unterstützt werden. Eine Erweiterung dieses Instruments durch Erhöhung der Einkommensgrenzen würde rascher und direkter (beim Subjekt) wirken als das vom Regierungsrat vorgelegte Wohnförderprogramm. Christine Kaufmann legte dar, dass die Öffnung der Beiträge Richtung Haushalte ohne Kinder effektiv vor der Armutsfalle schützen und Personen davor bewahren kann, von der Sozialhilfe abhängig zu werden. Ein entsprechender Anzug wurde am 9. September mit Unterstützung von Grossräten anderer Parteien (SP, CVP, GLP) eingereicht.

Auskünfte: Brigitte Gysin, Parteipräsidentin, Tel. 077 417 41 02